



**Geschäftsführung
Ausschuss Klima, Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltege-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 22.10.2021

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Klima, Umwelt und Grün vom 07.10.2021**

öffentlich

**5.2 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Achtelik gibt einige Informationen der Fachverwaltung zu diesem Projekt auf deren Bitte an die Ausschussmitglieder weiter.

„Danach handle es sich bei der Entflechtungsstraße um ein Teilprojekt zu Rondorf Nord-West (Neubau mit ca. 1.300 Wohneinheiten). Aufgrund vorheriger politischer Beschlüsse sei der Fortschritt des Neubaugebietes von der rechtzeitigen Realisierung der Entflechtungsstraße abhängig. Verzögerungen sollten aus Sicht der Verwaltung vermieden werden, da sich sonst das gesamte Projekt verzögere. Der zusätzliche Wohnraum und die zugehörige Infrastruktur würden dringend benötigt.“

*Die Berücksichtigung der Umweltbelange habe im gesamten Planungsprozess eine wichtige und umfassende Rolle gespielt. Mehrere Gutachter*innen seien im Planungsprozess kontinuierlich beteiligt worden und haben alle geplanten Varianten untersucht und bewertet. Das Büro Rietmann sei an der heutigen Sitzung mit Frau Rietmann und Frau Piela vertreten und könne Fachfragen zu den Umweltaspekten beantworten.“*

RM Herr Schallehn informiert darüber, dass die BV Rodenkirchen einen geänderten Beschluss gefasst und der Variante H den Vorzug gegeben habe. Herr Schallehn meldet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Beratungsbedarf an und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Er bittet die Verwaltung um Erklärung, wie es sein könne, dass ein großes Straßenbauprojekt in der Beschlussvorlage mit positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz bewertet werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, erklärt, dass die Aufsiedlung in Rondorf Nord-West sich auf die Verkehrsentwicklung insgesamt auswirke. Insbesondere wirke sie sich dann negativ auf das Klima und die Umwelt aus, wenn die Straße nicht vorhanden sei.

RM Frau Aengenvoort stimmt zu, dass die Schaffung von 1.300 Wohneinheiten an den Bau der Straße gekoppelt sei und diese daher benötigt werde. Sie betont, dass dort zudem eine weiterführende Schule, Grundschulen und Kitas gebaut werden sollen und die Fortführung der Nord-Süd-Bahn in der 4. Baustufe geplant sei. Die Rondoner Hauptstraße sei jetzt schon überlastet, so dass die CDU-Fraktion sich für eine Entflechtungsstraße ausspreche.

Hinsichtlich der Frage, ob man sich für die von der BV Rodenkirchen präferierte Variante H oder für die in der Beschlussvorlage der Verwaltung vorgeschlagene Variante A entscheide, verweist Frau Aengenvoort auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass Variante A wegen der geringsten Umweltbelastungen die bessere sei, auch wenn sie höhere Kosten verursache. Daher habe man sich im Sinne der Umweltgüter für Variante A entschieden. Auch räumten Juristen bei Entscheidung für die Variante H einer Klage große Aussicht auf Erfolg und damit zeitliche Verzögerungen ein, was ein weiterer Grund für Variante A sei.

RM Herr Struwe stimmt Frau Aengenvoort zu, dass die Entflechtungsstraße benötigt werde und schließt sich ihrer Begründung an. Namens der SPD-Fraktion plädiere er dafür, wie BV Rodenkirchen zu beschließen, da dies ein guter Kompromiss sei, der die unterschiedlichen und oft schwer zu vereinbarenden Belange, seien es die verkehrlichen und die Umweltbelange, aber auch die Interessen der Anwohner*innen, berücksichtige. So seien laut Bewertungsmatrix in einigen Umweltbelangen die Varianten G und H überlegen, zum Beispiel bei den Themen „Anpassung an den Klimawandel, Schall oder Luftschadstoffe“.

SB Herr Dr. Albach bekräftigt, dass die Entscheidung zu mehr Wohnraum auch zur entsprechenden Verkehrsinfrastruktur führe und man dann die am wenigsten umweltschädliche Lösung finden müsse. In der Bewertungsmatrix seien unter anderem die Aspekte Artenschutz und Lärm aufgeführt, welcher von der BV hoch bewertet worden sei. Schall könne jedoch nicht kompensiert werden, weil dort keine Lärmschutzwände gebaut werden können, so dass hier ein finanzieller Ausgleich vonnöten sei.

Auch er stimme zu, wie BV Rodenkirchen zu beschließen.

Herr Harzendorf nimmt zu den Bewertungen der Varianten A und H Stellung. Auch wenn es sich um relativ kleinräumige Bewertungen handle, gebe es doch entscheidende Unterschiede. So weise Variante H große Nachteile und stärkere Eingriffe in Bezug auf Natur- und Artenschutz auf, insbesondere auch, weil ein zusätzliches Regenrückhaltebecken erforderlich werde, was einen Eingriff darstelle. Außerdem rücke man mit Trasse H weiter in die Landschaft hinein, was sich deutlich negativ auswirke.

Zudem sei nicht klar, wie die Bezirksregierung im Planfeststellungsverfahren bezüglich des Vermeidungsgebotes¹ entscheidet, wenn Variante H beschlossen werde.

Lärm könne mit einem entsprechenden Asphalt reduziert werden, so dass keine weiteren Ansprüche entstehen werden.

Daher komme die Verwaltung nach Abwägung aller Vor- und Nachteile zu dem Ergebnis, Variante A weiterzuverfolgen.

Frau Piela verweist auf die Bewertungsmatrix, in der einige Punkte dargestellt seien, die massivere negative Auswirkungen auf bestimmte Umweltgüter haben. Dies seien das Kriterium „Wasser“ und das von Herrn Harzendorf bereits erwähnte Regenrückhaltebecken. Da dieses am tiefsten Punkt liegen müsse, bestehe kein großer Abstand mehr zum Grundwasser, was negativ zu bewerten sei.

¹ <https://www.bfn.de/themen/planung/eingriffe/eingriffsregelung.html>

Andere Umweltkriterien seien der „Artenschutz“ und „Biotopverbund“ auf den Flächen zwischen Rondorf und Immendorf. Es habe dort bereits ein Scoping stattgefunden, auf das seitens der Höheren Naturschutzbehörde hingewiesen worden sei.

Frau Piela ergänzt, dass das Vermeidungsgebot hoch angesiedelt werde und die Variante H in den knappen Lebensraum von gefährdeten Vogelarten wesentlich stärker eingreife. Ein Ausgleich werde durch die vielen Projekte dort immer schwieriger.

Auf Nachfrage von Herrn Schallehn zur Anzahl der jetzt dort fahrenden PKWs und der Einsparung von Treibhausgasemission durch die Umgehungsstraße bzw. dessen Höhe durch den ausgebrachten Beton beim Bau der Umgehungsstraße, Daten, die für Bündnis 90 / Die Grünen eine wichtige Entscheidungsgrundlage darstellen, betont Herr Harzendorf, dass die Entscheidungen im Gesamtzusammenhang zu betrachten seien.

Es handle sich nicht nur um einen Straßenbau, sondern um eine zusätzliche Erschließung, die im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes so umweltverträglich wie möglich umgesetzt werden soll. Hierzu gehörten z. B. auch Radschnellwege und die Verlängerung der Stadtbahn. Es verbleibe jedoch eine nennenswerte Menge an Autoverkehr, der über eine alternative Straße und nicht durch den Ort geführt werden müsse.

Im weiteren Verlauf wird das Thema „autofreie Siedlung“ von SE Herrn Dr. Ermert angesprochen, zu dem Herr Harzendorf ausführt, dass nicht alle Menschen, die in autofreien Siedlungen leben, kein Auto haben bzw. fahren, sondern dass nur in dem Gebiet selbst kein bzw. wenig Autoverkehr stattfindet. Als Beispiel führt Herr Harzendorf Köln-Nippes an.

Ausschussvorsitzender Herr Achtelik stellt den von Herrn Schallehn beantragten Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.